

Beschluss gegen B-61-Ausbau bekräftigt

Aufgrund rechtlicher Bedenken wird im Mobilitätsausschuss der Antrag zur Ortsumgehung Ummeln erneut vertagt. Wie geht es nun weiter?

■ **Gütersloh** (raho). Eigentlich ist sich eine breite Mehrheit der Ratsfraktionen einig: Sowohl der vierspurige Ausbau der B 61 als auch der Bau der Ortsumgehung Ummeln (B 61n) werden abgelehnt. Und doch ist über den Antrag der „Gemeinschaft gegen den Ausbau der B 61“, die Stadt möge Maßnahmen gegen die Ortsumgehung ergreifen, am Ende einer langen, teils verwirrenden Diskussion nicht abgestimmt worden.

Stattdessen wurde auf Antrag von CDU-Sprecher Niklas Reimer ein einstimmig gefasster Ratsbeschluss aus dem Jahr 2020 bekräftigt. Damals sprachen sich die Politiker gegen den Ausbau der B 61 auf Gütersloher Gebiet und für den Erhalt der Baumallee entlang

des Abschnitts zwischen Gütersloh und Bielefeld aus. Außerdem soll dem Ausschuss im kommenden Frühjahr ein Zwischenbericht zu dem damals ebenfalls beschlossenen Verkehrsgutachten vorgelegt werden.

In dem neuen Beschluss findet sich freilich keine Aussage zur Ortsumgehung Ummeln. Vielmehr wurde der bereits ein Jahr alte Bürgerantrag der „Gemeinschaft gegen den Ausbau der B 61“ erneut vertagt. Zunächst soll das Gutachten abgewartet werden, das gemeinsam mit der Stadt Rheda-Wiedenbrück in Auftrag gegeben wurde und den Verkehrsablauf an den Kreuzungen der B 61 in den Fokus rücken soll.

Im Vorfeld der Sitzung hatte die Verwaltung empfohlen,

den Bürgerantrag abzulehnen. Mit der erfolgten Beteiligung im Planfeststellungsverfahren seien die Mittel ausgeschöpft und der Bau betreffe ohnehin das Bielefelder Stadtgebiet, hieß es zur Begründung. Schritte gegen den Bau zu ergreifen sei juristisch nicht möglich, bekräftigte jetzt Stadtbau- rätin Nina Herrling.

Die Sprecherin der Ausbaugegner, Anette Klee, äußerte sich gegenüber der NW am Freitag enttäuscht über den Verlauf der Ausschusssitzung. „Das ist schwierig auszuhalten, wie ich finde. Die Politiker wollen die Sache scheinbar aussitzen. Aber wenn die Planfeststellung in Ummeln erfolgt ist, haben wir tatsächlich keine Handhabe mehr.“

Offenbar hatten sich tags vor

der Sitzung des Mobilitätsausschusses SPD, Grüne und BfGT auf eine gemeinsame Linie ver-

ständig. Demnach sollte dem Bielefelder Oberbürgermeister per Schreiben deutlich ge-

Kommentar Wankelmut

Rainer Holzkamp

Nein, ein Ruhmesblatt hat sich der Mobilitätsausschuss mit der Diskussion über den Antrag der „Gemeinschaft gegen den Ausbau der B 61“ nicht verdient. Mit der Vertagung des Antrags der Initiative hat das Gremium stattdessen die erforderliche konsequente Haltung vermissen lassen.

Wer die Ortsumgehung Ummeln ablehnt, und das

tun fast alle Gütersloher Fraktionen aus gutem Grund, muss dazu auch stehen. Selbst dann, wenn es aufgrund der Rechtslage der Stadt verwehrt ist, die Position einer Bürgerinitiative einzunehmen. Gewiss, es wäre letztlich nur ein symbolischer Akt gewesen, dem Antrag zuzustimmen; aber besser, als keine Farbe zu bekennen. Ein klarer Fall von Wankelmut.

macht werden, dass die Stadt Gütersloh die Ortsumgehung strikt ablehne, da in der Folge das Verkehrsaufkommen und die damit verbundenen Emissionen auf dem Ring in der Innenstadt noch weiter ansteigen würden. Doch nach Aussage des sichtlich und hörbar genervten planungspolitischen Sprechers der SPD, Thomas Krümpelmann, sind die Grünen am nächsten Morgen davon abgerückt.

BfGT-Sprecher Andreas Müller hielt es für falsch, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und sich „den Gegebenheiten kommentarlos zu ergeben“. Im Grunde, so Müller, werde eine „beschissene Verkehrssituation“ auf der B 61 geradezu benötigt, damit die Alternativen

zum Auto schneller ausgebaut werden.

Als es kurz darauf um die Erstellung eines Radverkehrskonzepts für Gütersloh ging, meinte Felix Kupferschmidt als Vertreter der Verkehrsverbände ADFC und VCD: „Wir brauchen eher ein Konzept, um den Autoverkehr zu reduzieren.“ Denn um die Klimaziele zu erreichen, müsste bis 2030 der Ausstoß an Treibhausgasen im Verkehrsbereich um 42 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Dies sei das Gebot der Stunde.

Die Aussagen riefen Widerspruch bei CDU und SPD hervor. Mit Maßnahmen gegen das Auto werde allein massiver Widerstand der Bevölkerung erreicht, so Krümpelmann.